UMGEHUNGSSTRASSE OSTHEIM

‚Lasst uns mit Last nicht allein'

Mit einem Appell der Ostheimer an die Solidarität der anderen Kommunen endete der HNA-Lesertreff in Malsfeld. Zwei Stunden war zuvor engagiert über die Umgehungsstraße diskutiert worden.

VON THOMAS STIER

MALSFELD ■ „Das Gewerbegebiet bringt Vorteile wie Arbeitsplätze, Steuereinnahmen und Verkehrsentlastung für alle, Nachteile nur für uns. Da ist Solidarität gefordert, für die am stärksten Belasteten ein kleines Opfer zu bringen." Edgar Janassek, Sprecher der Bürgerinitiative „Zukunft Ostheim" auf dem Podium beim HNA-Lesertreff am Mittwoch in Malsfeld, brachte auf den Punkt, was rund zwei Drittel der etwa 180 Besucher meinten: Der Bau einer ortsferneren Umgehungsstraße dürfe nicht am Geld scheitern, um die Ostheimer von Lärm und Abgasen zu entlasten.

Allein: Ob dieser Wunsch noch in Erfüllung gehen kann, ist nach den vielen, an diesem Abend vorgebrachten Argumenten mehr als fraglich: Die vom Land Hessen, dem Zweckverband und allen anderen beteiligten Behörden bevorzugte Lösung erfülle sämtliche Voraussetzungen, die in Deutschland für Straßenbauten gefordert werden, meinte Felsbergs Bürgermeister und Vorsitzender des Zweckverbands, Klaus Stiegel. Daher sei auch niemand bereit, für eine andere Lösung mehr Geld auszugeben.

Ähnlich klar die Aussage von Malsfelds Bürgermeister Herbert Vaupel: In der nächsten Sitzung der Zweckverbands-Versammlung am 11. Dezember werde Baurecht für das Gewerbegebiet und den Autobahnanschluss geschaffen: Drei Tage später werden das Malsfelder Parlament die Änderungen im Flächennutzungsplan für die Umgehungsstraße beschließen. Vaupel: „Jede Diskussion über eine andere Variante der Straße ist dann nicht mehr möglich."

Warum wurden dann überhaupt noch einmal 800 000 Mark in den Malsfelder Etat für die BI-Variante eingesetzt, obwohl klar war, dass die anderen Kommunen dafür nichts bezahlen würden, wollte Lesertreff-Moderator Tibor Pézsa von Vaupel wissen. Der druckste herum, fand auch keine überzeugende Erklärung: Da sei man dem Wunsch des Ortsbeirates Ostheim gefolgt, auch wenn klar war, „dass es nicht in unserer Macht liegt, das durchzusetzen".

Edgar Janassek wehrte sich gegen den Vorwurf, die Bürgerinitiative habe zu spät den Kampf für eine andere Lösung aufgenommen. Schon im Oktober 1999 habe es erste Forderungen nach einer sinnvolleren Lösung gebeben. Die Betroffenheit der Bürger sei erst gewachsen als klar wurde, dass die gefundene Lösung zulasten des Dorfes gehen würde. Die im Haushalt eingesetzten 800 000 Mark zeigten, dass es noch nicht zu spät sei. Janassek: „Gebt uns noch eine Chance. Lasst uns mit der Last nicht allein."

Nur verzögern

Können die Landwirte wirklich die jetzt geplante Umgehungsstraße verhindern, indem sie ihre Grundstücke nicht verkaufen, wollte Pézsa von Wulf Heise vom Kasseler Amt für Straßen- und Verkehrswesen wissen.

Verhindern wohl kaum, aber verzögern, antwortete der. Als die A 7 sechsspurig ausgebaut wurde, habe es einen Flurbereinigungsbeschluss gegeben, erläuterte Heise. Wenn Baurecht für die Straße vorliege, könne diese Flurbereinigung auch für diese Flächen beschlossen werden. Dagegen sei dann Klage vor dem Verwaltungsgerichtshof in Kassel möglich. Werde diese Klage abgewiesen, habe das Land einen Enteignungstitel für die Flächen. Das ganze Verfahren könnte zwischen sechs Monaten und drei Jahren dauern.

Ein Plädoyer für die Zweckverbands-Variante hatte Landrat Jürgen Hasheider gehalten. Der studierte Straßenbauer, der in Malsfeld-Beiseförth lebt, riet den Ostheimern, die jetzt geplante Umgehung anzunehmen. Das Gewerbegebiet sei eine einmalige Chance für die Region, von der auch die Ostheimer selbst profitieren würden.

Eines der nach Ansicht der Bürgerinitiative schwerwiegendsten Argumente gegen die Nutzung der bestehenden Autobahnbrücke für die Ortsumgehung ist der Nebel in der Ostheimer Senke. Der sei hier am dichtesten, argumentierte Reinhard Freitag aus Beiseförth. Es sei unverantwortlich, hier in der Nähe des „Todeskreisel" ein solches „Schlachtfeld" entstehen zu lassen. Hingegen liege der von der Bürgerinitiative ins Auge gefasste Standort für eine neue Autobahnbrücke meist oberhalb des berüchtigen Ostheimer Nebels.

Nebel überall gleich

Dem widersprach Wulf Heise. Der Deutsche Wetterdienst habe ein aufwendiges Nebelgutachten erstellt, den Bereich über Monate hinweg untersucht, auch der ADAC habe Sichtmessungen über viele Monate unternommen. Das Ergebnis: An der bestehenden Brücke und dem von der BI gewünschten Autobahnanschluss herrschten zu 95 Prozent gleiche Nebelbelastungen.

Um aus dem Nebelloch herauszukommen, müsste die Anschluss-Stelle über einen Kilometer den Berg hinauf Richtung Norden verschoben werden. Dann aber könne sie ihre Funktion als Ortsumgehung für Ostheim nicht mehr erfüllen und würde kaum eine Verkehrsentlastung bringen.

Freilich: Der Glaube der Bürgerinitiative in die Richtigkeit dieser Gutachten war ebenso begrenzt wie der in die Prognosen über die künftige Verkehrsentwicklung (siehe auch Kasten).

So stellte Günter Herwig aus Elfershausen Ergebnisse eigener Zählungen vor, die von den Zahlen der Straßenplaner abwichen. In 28 Stunden seien auf der Landesstraße von Obermelsungen in Elfershausen 1680 Autos gezählt worden. Die Zählung des Amtes spreche aber von 3800 Fahrzeugen. Herrlich: „Hier wird mit Zahlen operiert, um den Leuten Angst zu machen."

Dem widersprach Heise energisch: Alle fünf Jahre werde aufwendig gezählt, die Prognosen beruhten auf bewährten Berechnungen. Es wäre ja absurd, Straßen mit falschen Zahlen zu planen.

Nach insgesamt mehr als zwei Stunden endete der Lesertreff zu dem brisanten Thema mit gegenseitigen Appellen: Stiegel und Vaupel baten darum, den Widerstand gegen die gefundene Lösung, die die Interessen Ostheims so weit wie irgend möglich berücksichtige, aufzugeben. Das so Erfolg versprechende Projekt des gemeinsamen Gewerbegebietes dürfe nicht verzögert werden.

Die BI wiederum rief dazu auf, die berechtigten Interessen der Ostheimer Menschen ernst zu nehmen. Dann, so Edgar Janassek, seien auch sinnvolle gemeinsame Lösungen möglich.

Wie ein Kompromiss zwischen den beiden Lagern aber aussehen könnte - auf diese Frage fand auch der Lesertreff keine Antwort.

HNA LESERTREFF

UMGEHUNGSSTRASSE OSTHEIM

Mehr als 300 in auf Dorfstraße

Ziemlich in Rage brachte die Ostheimer die Aussage von Straßenplaner Wulf Heise, laut Verkehrsprognose würden nach dem Bau einer Umgehungsstraße nur noch 300 Fahrzeuge pro Tag durch Ostheim rollen (HNA berichtete).

Diese Aussage musste Heise am Mittwoch korrigieren: Unabhängig von der Umgehung bliebe der Verkehr aus Sipperhausen in Richtung Melsungen erhalten. Laut Prognose würden also auch dann rund 1000 Fahrzeuge am Tage auf der Sipperhäuser Straße fahren. Die Zahl von nur noch 300 Autos betrifft nur den Dorfbereich entlang der Mosheimer Straße.

Posch: Lösung ist sinnvoll

Verkehrsminister Dieter Posch konnte leider nicht zum Lesertreff kommen, hatte aber einen Brief geschrieben: Darin bezeichnet er die geplante Variante der Umgehungsstraße als „fachlich sinnvolle Lösung". Zu Spekulationen, es könne dazu einen politischen Spielraum geben, bestehe aus Sicht des Landes kein Anlass. Seine stets vorhandene Gesprächsbereitschaft dürfe nicht so interpretiert werden, als könnten auch andere Lösungen angestrebt werden.